

Kurzmeldungen 9/09

Begleitgesetz zum EU-Lissabon-Vertrag

Das Bundesverfassungsgericht hatte auch auf Grund der Klage der ödp festgestellt, daß der europäische Einigungsprozess nicht dazu führen darf, daß das demokratische System Deutschlands ausgehöhlt wird.

CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne haben nun den vom BverfG geforderten Begleitgesetzen zum Lissabon-Vertrag der EU zugestimmt. Bei grundlegenden Änderungen auf EU-Ebene wie geänderten Abstimmungsregeln oder neuen Zuständigkeiten der EU-Kommission muß künftig der Bundestag zustimmen, bevor die Bundesregierung in Brüssel zustimmen darf. Die Bundesregierung muß sich aber nicht an die Stellungnahmen der Parlamente halten. Auch die Forderung nach Volksabstimmungen zu europapolitischen Fragestellungen wurde abgelehnt.

Quelle: tagesschau.de, 18.8.09

Bombodrom wird gestoppt

Verteidigungsminister Jung hat bekannt gegeben, dass die Bundesregierung ihre Pläne für das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide stoppt. Dieses Gebiet sollte zum größten Bombenabwurfplatz Europas ausgebaut werden.

Über 20 Jahre hatten regionale Bürgerinitiativen immer wieder gegen das Bombodrom gekämpft.

Quelle: campact.de, 10.7.09

Zivile Konfliktbearbeitung

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) erstmals konkrete Zahlen zum Umfang der Haushaltsmittel für Zivile Konfliktbearbeitung im Bundeshaushalt vorgelegt. Im Verteidigungsetat sind in diesem Jahr 31 Mrd Euro eingeplant. Das ist mehr als das 30-fache der Mittel für die zivile Konfliktbearbeitung. Der Bund gibt im Haushalt 2009 etwa 900 Millionen Euro für Zivile Konfliktbearbeitung aus. Die Bundesregierung selbst hatte für das Jahr 2008 etwa 430 Mio Euro angegeben.

Quelle: lebenshaus-alb.de, 24.6.09

Atommülllager Gorleben

Die Regierung Kohl hat ein Gutachten über das Endlager Gorleben geschönt. Drei Jahre später begann der Ausbau des Salzstocks Gorleben zum Endlager.

Zur Vorstellung des Berichts der Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) am 5.5.83 waren Mitglieder der Kohl-Regierung erschienen, die das PTB aufforderten, ihr Gutachten umzuschreiben. Gorleben wurde so auf Weisung von oben schöngeredet.

Die Wissenschaftler belegten, daß der Salzstock Kontakt mit Grundwasser hat. Damit stehen Wege für den Transport von radioaktiven Schadstoffen vom Salzstock bis in die obersten Grundwasserhorizonte offen. Wörtlich heißt es in den Papieren, es sei festzustellen, daß die über den zentralen Bereichen des Salzstocks Gorleben

vorkommenden tonigen Sedimente keine solche Mächtigkeit und durchgehende Verbreitung haben, daß sie in der Lage wären, Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre fernzuhalten. Die Wissenschaftler betonten, daß mit radioaktiven Verseuchungen des Grundwassers nach 600 - 1170 Jahren gerechnet werden müsse. Bundesumweltminister Gabriel bestätigte die Echtheit eines Fernschreibens des Bundesforschungsministeriums aus dem Jahr 1983 an die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), die für das Gorleben-Gutachten verantwortlich war.
Quelle: Frankfurter Rundschau, greenpeace.de, 25.8.09,

Atommülllager Asse

Jetzt wurde bekannt, daß in dem Atommülllager Asse dreimal so viel Plutonium liegt als bislang von den Verantwortlichen angegeben: rund 28 kg anstatt knapp 10kg.
Quelle: ndr.de, 28.8.09

"Ohne Gentechnik"-Siegel

Das einheitliche Siegel „Ohne Gentechnik“ steigert die Wiedererkennbarkeit und erhöht den Druck auf Hersteller und Händler, die Kennzeichnung von Nahrungsmitteln ohne Gentechnik umfassend einzusetzen. Bisher nutzten nur wenige Händler diese freiwillige Kennzeichnung. Die großen Lebensmittelhändler müssen ihre Blockade gegen die Kennzeichnung endlich aufgeben fordert der BUND. Sonst handeln sie gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Verbraucher, die keine Gentechnik auf ihren Tellern will.
Quelle: sonnenseite.com, 11.8.09

Honigbienen verhungern

Die Honigbienen in Deutschland leiden mitten im Sommer an Futtermangel und würden verhungern, wenn sie nicht vom Imker mit Zuckerwasser am Leben erhalten würden. Nach der Rapsblüte, Mitte bis Ende Mai, beginnt für die Bienen in vielen Regionen Deutschlands eine Zeit des Mangels und oft auch des Hungerns. Gerade in den Jahren, in denen es aus dem Wald keinen Honig zu gewinnen gibt, wird deutlich, dass auf den Feldern und Wiesen mittlerweile zu wenig blüht, um den Insekten ausreichend Nahrung zu bieten.
Verantwortlich für diesen Zustand ist die sich immer weiter beschleunigende Intensivierung der Landwirtschaft. Insbesondere der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und die Gewinnung von Biogas wirken sich besonders dramatisch aus. In vielen Regionen dominiere zudem der Maisanbau und die Wiesen werden zur Gewinnung von Silage jeweils vor der Blüte so oft gemäht, dass dort für blütenbesuchende Insekten nichts mehr zu holen ist.
Quelle: sonnenseite.com, demeter, 10.8.09

Cis-Gentechnik

Den meisten gentechnisch veränderten Organismen wurde in der Vergangenheit artfremdes Erbmaterial eingebaut. Mit Cis-Gentechnik sollen Pflanzen arteigene Gene eingebaut werden.

In den USA versuchen Agrarkonzerne die Herstellung einer cisgen veränderten Kartoffelsorte, der drei Kartoffel-Gene so eingebaut wurden, dass bei der Herstellung von Pommes frites aus dieser Knolle kein gesundheitsschädliches Acrylamid mehr entsteht. In der Schweiz und in den Niederlanden forschen Wissenschaftler an cisgenen Apfelbäumen. Nach der EU-Freisetzung-Richtlinie müssen auch die cisgenen Pflanzen als gentechnisch veränderte Organismen (GVO) zugelassen und gekennzeichnet werden. Einige Kritiker befürchten eine heimliche Einführung von cisgenen Pflanzen, denn Kontrollen auf cisgenes Erbgut stehen vor dem Problem, das die cisgenen Veränderungen kaum nachgewiesen werden können, da nur arteigene DNA verwendet wird.
Quellen: Pomologen-Verein, 23.8.09

Arktis-Wald bedroht

Ein internationales Forscherteam der University of Adelaide, der Memorial University in Neufundland und der National University in Singapur festgestellt, dass die Wälder der subpolaren Arktisregionen ebenso extrem gefährdet sind. Diese so genannten borealen Wälder bilden das weltweit größte Waldsystem. 60% der Wälder liegen in Russland, 30% in Kanada, die restlichen 10% verteilen sich auf Alaska, die baltischen Staaten, Skandinavien und Island. Diese Wälder machen etwa ein Drittel des weltweiten Waldbestandes aus mit insgesamt 15 Mio. km².

Es sieht danach aus, als ob hier das gleiche Schicksal droht wie im Amazonas. In der Vergangenheit bestimmten Brände und Insektenfraß die Dynamik dieser Wälder. Mit der gesteigerten Nachfrage nach Ressourcen, dringen Menschen immer weiter in die bisher noch Großteils unberührten Regionen vor. Das führe zur Fragmentierung der Wälder. Das größte Problem in den borealen Wäldern etwa auf der Halbinsel Kamtschatka ist der nicht nachhaltige Holzschlag.

Auf Grund massiver Proteste von Umweltschützern sollen nun in Nordfinland 20 Jahre lang die lappländischen Urwälder nicht mehr abgeholzt werden.

Quelle: sonnenseite.com, 27.8.09, 1.9.09

Waldpflanzungen in Pakistan

Über eine halbe Million roter Mangroven pflanzten 300 Freiwillige am Indus-Delta Pakistans an einem einzigen Tag. Organisiert wurde das Ereignis vom WWF, der pakistanischen Regierung und Wirtschaftspartnern.

Die 541.176 Setzlinge wurden im Abstand von zwei Metern eingegraben und bedecken nun eine Fläche von 325 Hektar. Der bisherige Rekord aus Indien, dem ewigen Kontrahenten Pakistans, wurde damit um 100.000 Pflanzungen überboten.

Die Akteure der Pflanzungen waren Bewohner von Fischerdörfern in der Provinz Sindh, 150 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Karachi.

Quelle: sonnenseite.com, 13.8.09

Wälder werden ähnlicher

Die Zusammensetzung der Pflanzenarten in den Wäldern gleicht sich immer mehr an. Wenn auch die Zahl der unterschiedlichen Pflanzen gleich geblieben ist, unterscheiden

sich die vertretenen Arten immer weniger voneinander. Diese zunehmende Ähnlichkeit der Zusammensetzung der Pflanzen wird als biotische Homogenisierung bezeichnet.

Der Waldboden sei heute weitaus nährstoffreicher als vor 80 Jahren, was auf den Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft zurückzuführen sei. Das Problem dieser Stickstoff-Überdüngung führt dazu, daß Allerweltsarten überhand nehmen und Arten nährstoffarmer Standorte verschwinden.

In Mitteleuropa ist die Waldwirtschaft noch naturnäher als in Großbritannien, wo man Wälder öfter in Plantagenwirtschaft vorhanden sind, während in den Alpenländern die Aufrechterhaltung der Kulturlandschaft im Vordergrund stehe. Kahlschläge wie in Skandinavien vermeide man dort, um einen übermäßigen Nährstoff-Austrag des Waldbodens zu verhindern, und versuche eine immerwährende Bewaldung beizubehalten.

Quelle: sonnenseite.com 12.8.09

17.000 Tierarten vom Aussterben bedroht

Nach neuesten Zahlen der Internationalen Naturschutzunion IUCN kann das Ziel einer Verringerung des Artensterbens bis 2010 nicht erreicht werden. Ein Drittel aller Amphibien, ein Viertel aller Säuger und jede achte Vogelart sind vom Aussterben bedroht. Die Analyse basiert auf insgesamt 44.838 Arten, die auf der Roten Liste der IUCN stehen.

Ein Mitgrund für die arge Bedrängnis vieler Tier- und Pflanzenarten ist die Einschleppung fremder Arten. Mit der Einführung fremder Arten werden zudem auch fremde Parasiten eingeschleppt.

Quelle: sonnenseite.com 7.7.09

EuGH stoppt EU-Klimavorgaben

Auf Grund einer Klage im Streit um Emissionsrechte haben Polen und Estland vor dem EuGH in erster Instanz durchgesetzt, daß die EU-Kommission den Mitgliedstaaten im Rahmen des Emissionshandels keine Vorgaben mehr für die Reduktion des CO₂-Ausstoßes machen darf.

Die begrenzte Anzahl von Verschmutzungsrechten, die sogenannten Emissionszertifikate zwingt die Verschwender Emissionszertifikate von anderen, umweltfreundlicher wirtschaftenden Unternehmen zukaufen. Damit dieses System europaweit funktioniert, haben alle EU-Staaten für den Zeitraum von 2008 bis 2012 Pläne für die Aufteilung der Emissionszertifikate aufgestellt.

Laut dem Urteil hat die Kommission ihre Kompetenzen überschritten, als sie den Staaten Obergrenzen für die zuzuteilenden Emissionszertifikate vorgab, erklärte das Gericht in Luxemburg. Der Handel mit CO₂-Verschmutzungsrechten ist das wichtigste Instrument der EU im Kampf gegen den Klimawandel.

Gegen ähnliche Entscheidungen klagen auch Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und die Tschechische Republik.

Quelle: tagesschau.de 23.9.09

französische CO2-Steuer

Von 2010 an soll in Frankreich für jede abgegebene Tonne CO₂ eine Abgabe fällig werden. In der EU haben bislang lediglich Länder wie Schweden und Dänemark ähnliche Abgaben. Die deutsche Ökosteuer betrifft in erster Linie Kraftstoffe und ist nicht CO₂-abhängig. Schweden führte bereits Anfang der 90er Jahre eine Kohlendioxid-Steuer ein und werben seit ihrer EU- Ratspräsidentschaft verstärkt dafür. In dem skandinavischen Land wird der CO₂-Ausstoß mittlerweile mit mehr als 100 Euro pro Tonne belastet. In Frankreich werden es zunächst nur 17 Euro pro Tonne sein. Die französische Steuer soll aufkommensneutral sein. Es ist auch eine schrittweise Erhöhung der Steuer geplant. Der Expertenbericht zum Projekt empfiehlt, die Steuer pro Jahr um 5% steigen zu lassen.
Quelle: dpa 10. 9.09

UBA-Chef für höhere Ökosteuer

Der neue Umweltbundesamt-Präsident Jochen Flasbarth ist mit seiner Forderung nach einer Erhöhung der Ökosteuer auf Widerstand gestoßen. CDU, SPD, FDP lehnen die Forderung nach einer Erhöhung der Ökosteuer ab. Auch die Grünen unterstützten den Vorschlag nicht.

Flasbarth sprach sich zudem für die Ausweitung und Erhöhung der Lkw-Maut aus. In Ballungsräumen sollte man über eine City-Maut nachdenken. Beim Klimaschutz sieht der neue Umweltamtspräsident noch erheblichen Nachholbedarf. Damit Deutschland seine Klimaziele erreiche, müsse man aber noch radikal sparsamer mit Rohstoffen und Ressourcen umgehen. Die Kernenergie hält der neue Umweltamtspräsident zum Klimaschutz nicht für nötig: „Man kann die Klimaziele auch dann erreichen, wenn man am Atomausstieg festhält und auf den Neubau von Kohlekraftwerken verzichtet.“

Quelle: dpa, 1.9.09

G8-Klimaschutz-Vereinbarung

Die acht führenden Industrienationen haben sich im italienischen L'Aquila auf das Klimaschutz-Ziel verständigt, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Langfristig bedeutet dies eine weltweite Halbierung der Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Jahr 1990. Bei Vorgesprächen von 17 Industrie- und Schwellenländern hatten sich vor allem China und Indien geweigert, bindende Verpflichtungen zur Reduzierung ihrer Kohlendioxid-Emissionen zu unterschreiben, ehe konkrete Reduktionsziele und Hilfsmaßnahmen für die ärmsten Entwicklungsländer von seiten der Industriestaaten feststanden. Auch Russland, das den G8 Kompromiss formell unterstützt, signalisierte unterdessen Zweifel an der Umsetzbarkeit der Beschlüsse im eigenen Land.

Das Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen wurde vom Weltklimarat IPCC vorgeschlagen, um die Folgen des Klimawandels halbwegs beherrschbar zu halten. Für die Industriestaaten, die den Klimawandel verursacht haben, würde dies eine Verringerung der CO₂-Emissionen bis 2050 um 80 Prozent bedeuten. Einige Länder, darunter die USA, wollen das Bezugsjahr 1990 für die Verringerung aber nicht anerkennen.

Greenpeace warf den G8 Versagen vor, weil sie keine kurzfristig wirksamen Maßnahmen

anvisiert hätten. Mit einer "ehrgeizigen Emissionsminderung um 40 Prozent bis 2020 - gemessen an 1990" hätten sie hingegen "wahre Führungsrolle" zeigen können.
Quelle: sonnenseite.com, 9.7.09